
PRESSE-DIENST

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE IN HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN
BDI-LANDESVERTRETUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

Sperrfrist: 02.12.2009, 18:30 Uhr

UVNord-Präsident Wachholtz auf dem 45. Grünkohlessen: Wachstum ist kein Selbstzweck Wachstum ist notwendige Voraussetzung für mehr Beschäftigung, für größere Verteilungsspielräume und für den Schuldenabbau

Gleichzeitig fordert Wachholtz, dass den Koalitionsvereinbarungen und Regierungserklärungen in Berlin und Kiel nun Taten folgen müssen

Kiel. Beim traditionellen Grünkohlessen der Unternehmensverbände im Kieler Schloss, an dem rund 500 Gäste aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens teilnahmen, unter Ihnen auch Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und zahlreiche Mitglieder des Kabinetts, richtete UVNord-Präsident Uli Wachholtz zuversichtliche, aber mahnende Worte an die Politik:

„Für das Jahr 2010 gilt, die durchaus vorhandenen Auftriebskräfte zu stärken und mögliche Konjunkturrisiken aus dem Weg zu räumen. Oberste Priorität muss die Sicherung der Unternehmensfinanzierungen haben. Zudem brauchen wir strukturelle Veränderungen unserer Sozialsysteme. Arbeit und Beschäftigung müssen entlastet werden, die Sozialbeiträge müssen sinken und alles ist darauf auszurichten, Spielräume für mehr Wachstum zu schaffen. Dabei ist Wachstum kein Selbstzweck. Wachstum ist notwendige Voraussetzung für mehr Beschäftigung, für größere Verteilungsspielräume, für den Schuldenabbau. Ohne Wachstum läuft nichts.“

Zudem signalisierte Wachholtz der Landespolitik, dass die Unternehmensverbände als Berater der Politik und zur engen Zusammenarbeit mit der Politik bereitstehen. Gerade wenn es um folgende Themen geht:

„Die Landespolitik findet uns an ihrer Seite, wenn es um Entbürokratisierung, Modernisierung von Verwaltung und Strukturen und die Zusammenarbeit im Norden geht. Die Unternehmensverbände machen mit, wenn wichtige Infrastrukturprojekte wie z.B. die A20 mit westlicher Elbquerung oder die Fehmarnbeltquerung unseren Einsatz fordern. Außerdem sind die Unternehmensverbände dabei, wenn es um mutige, richtungsweisende und vielleicht auch einmal unpopuläre Entscheidungen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes geht.“

1/2

In Bezug auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz merkte Wachholtz abschließend an: „Ich möchte meine Sympathie für die Skepsis der Kieler Koalition gegen Ungereimtheiten im Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes nicht verhehlen. Auch ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten soll, muss landesspezifische Interessen angemessen berücksichtigen.“

Hauptredner der diesjährigen Veranstaltung war der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI) Dr. Werner Schnappauf, der zum Thema „Industrieland Deutschland stärken“ sprach.

Schnappauf mahnte, dass das Verhältnis von Staat und Wirtschaft neu bestimmt werden muss: „ Wir laufen Gefahr, die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft aufzugeben, wenn der Ruf nach dem starken Staat nicht bald leiser wird. Auch wenn wir erleben, wie sich in den letzten Monaten die Gewichte in Richtung Staat verschoben haben und manche Politiker in ihre Rolle als Retter nahezu verliebt sind, müssen wir mit aller Kraft daran arbeiten, unverzüglich das Gleichgewicht zwischen Privat und Staat wiederherzustellen:

Die Wirtschaft steht für innovative Technologien und neue Konzepte, in einem Wort für Lösungen. Die kann niemand sonst liefern, nur die Wirtschaft selbst. Die Politik auf der anderen Seite muss verlässliche Rahmenbedingungen setzen, damit neue Ideen erfolgreich wirken können.

Der Erfolg der deutschen Industrie war und ist fest an den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft gekoppelt. Die deutsche Industrie steht zur sozialen Marktwirtschaft. Freiheit, Wettbewerb, Leistung und Verantwortung müssen bewahrt und gestärkt werden. Das sind die Werte, auf denen unsere Gesellschaft aufbaut.“

Abschließend untermauerte Schnappauf die Wichtigkeit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte: „Die Spitzenverbände halten wie der Sachverständigenrat eine Doppelstrategie aus Wachstumsimpulsen und Einsparungen für den besten Weg zur Haushaltskonsolidierung. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse muss beachtet werden. Ohne Einsparungen in den konsumtiven Bereichen wird die Haushaltskonsolidierung nicht zu erreichen sein. Daher muss die Bundesregierung eine glaubwürdige und realistische Finanzplanung vorlegen. Wenn die Krise überwunden ist, müssen ab 2011 die notwendigen Einsparungen beginnen.“

Die vollständige Rede kann unter Telefon: 0171-7056940 oder unter www.uvnord.de jederzeit abgefordert werden.

02.12.2009